

Frankenschnellweg

Der Umbau des Frankenschnellwegs, wie ihn der Stadtrat in den 90ern geplant hatte, ist weder zeitgemäß noch gewinnbringend.

Vielmehr muss die städtische Infrastruktur nach heutigem Standard nachhaltig und klimafreundlich geplant und entwickelt werden. Finanziell ist es ein Mammutprojekt, das voraussichtlich über eine Milliarde verschlingen würde. Es wurden dafür bereits 60 Mio. in den Sand gesetzt, ohne dass auch nur ein Bagger angerollt ist. Die LINKE LISTE hat mit

ihrem Stadtratsantrag nun neue zusätzliche Kosten aufgedeckt, die bisher verschwiegen wurden.

Allein für die Spartenverlegung – etwa von Strom-, Wasser- und Gasleitungen – rechnet die N-Ergie mit 62,4 Millionen und der städtische Eigenbetrieb SUN mit zusätzlichen 15,5 Millionen Euro, die bisher in den Berichten und damit in den Kalkulationen nicht auftauchten.

Welchen Anteil der Spartenverlegung der städtische Haushalt und welchen die N-Ergie als kommunales Tochterunternehmen

übernimmt, ist noch nicht abschließend verhandelt. Die Gesamtrechnung des Milliarden-Projekts bleibt am Ende so oder so an den Nürnberger Bürger*innen hängen.

Es gibt genug alternative Konzepte, bei denen alle Verkehrsteilnehmer*innen und Anwohner*innen berücksichtigt werden. Auf einen Tunnel sollte unbedingt verzichtet werden.
Die LINKE LISTE unterstützt das Bürgerbegehren „Zurück auf Los!“ online unter zurueck-auf-los.de



© baulust e.V. 2025 / Hintergrund google (2025)

Wer wir sind

Die LINKE LISTE Nürnberg – Ihre soziale Kraft im Rathaus!

Die LINKE LISTE Nürnberg engagiert sich seit 2008 im und außerhalb des Rathauses für soziale Gerechtigkeit für alle Menschen. Sie ist ein kommunaler überparteilicher Verein und unterstützt Bürgerinitiativen und soziale Projekte. Viele Menschen haben uns als zuverlässig, konsequent und glaubwürdig kennengelernt. Nicht zu verwechseln mit der Partei „Die Linke“, die 1999 aus der LINKEN LISTE ausgetreten ist.

Durch die vielen Stadtratsanträge der LINKEN LISTE werden Themen im Stadtrat behandelt, die sonst niemand anspricht. Wir bringen unermüdlich Themen wie Wohnen,


Seit 2008 im Nürnberger Stadtrat

KONSEQUENT SOZIAL
ÜBERPARTEILICH
ANTIFASCHISTISCH
INTERNATIONAL
LINKE LISTE Nürnberg
ZUVERLÄSSIG
ANTIMILITARISTISCH
GLAUBWÜRDIG
ÖKOLOGISCH

Die Stadt gehört uns!

Fahrpreise oder Bildung auf die Tagesordnung. Die Rathauspolitik muss transparenter werden und die Bürger*innen sollen bei Großprojekten mitentscheiden dürfen.

Die LINKE LISTE ist IHR Sprachrohr ins Rathaus. Wir hoffen auf Ihre Stimme am 8. März 2026!




LINKE LISTE Nürnberg
 Zwinglistraße 12
 90459 Nürnberg
 Telefon: 09 11 / 2 87 60 13
 buero@linke-liste-nuernberg.de
 linke-liste-nuernberg.de

Spendenkonto
 LINKE LISTE Nürnberg,
 IBAN: DE77 7605 0101 0010 4662 09
 BIC: SSKNDE77XXX
 Stichwort: Spende
 V.i.d.P.: Stadträtin Marion Padua,
 Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg

Gutes Geld für gute Arbeit!

Mitglieder der LINKEN LISTE waren mittendrin bei den Warnstreiks des Öffentlichen Dienstes. Sie berichten von ihren Erfahrungen:

„Heute ist kein Arbeitstag – heute ist Streiktag!“ Unüberhörbar schallten in den letzten Wochen die Rufe der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes durch die gesamte Nürnberger Innenstadt. Auf Schildern, Transparenten und in Sprechchören forderten tausende Kolleg*innen der Nürnberger Kindertagesstätten, des Klinikums Nürnberg, der Stadtreinigung, der N-Ergie, des Sozialdienstes, der Jugendhilfe, der Verwaltung, der Nürnberger Altenpflegeheime und dutzender weiterer Berufe im Kern nur eins: endlich Respekt für die harte Arbeit, die sie tagtäglich zum Wohle Aller leisten!



Die LINKE LISTE, hier mit Stadträtin Marion Padua, beteiligte sich am Warnstreik von ver.di

Konkret drückte sich das in der Forderung nach 8 Prozent mehr Gehalt und ganz besonders in mehr Urlaubstagen aus. Sicherlich wird niemand ausgerechnet Pflegekräften oder Kolleg*innen in



Streiktag im Öffentlichen Dienst

der Ver- und Entsorgung unterstellen, sich im Alltag dem Müßiggang hinzugeben. Das Gegenteil ist der Fall: Besonders in der Pflege schufteten die Beschäftigten in der Schichtarbeit und selten wird der Schichtplan für einen Monat eingehalten und Sonderschichten erwartet. Das zehrt an Nerven, Gesund-

heit und am Familienleben. Wie war die Reaktion der Kommunalen Arbeitgeber? Leider an Frechheit nicht zu überbieten. Mehr als einmal sprach die VKA (Vereinigung Kommunaler Arbeitgeber) davon, die Forderungen, besonders die nach mehr Erholungstagen, seien überzogen und die Beschäftigten des

Öffentlichen Dienstes sollten doch froh sein über ihre Jobs, anstatt sich zu beklagen.

In der VKA sind Thorsten Brehm (SPD) für die Stadt, Andreas Becke vom kommunalen Klinikum Nürnberg, Klaus Dotzauer von der Flughafen Nürnberg GmbH sowie Magdalena Weigel von der VAG.

Sie haben von Anfang an gemauert und es gab keine Bereitschaft zu Verhandlungen. Das Schlichtungsergebnis lautet:

TARIFRUNDE
ÖFFENTLICHER DIENST

Entgelt.

- 3,0 Prozent, mind. 110 Euro, ab April 2025
- 2,8 Prozent ab Mai 2026

Laufzeit: 27 Monate, bis zum 31. März 2027

ver.di

Es konnte ein freier Tag ab 2027 durchgesetzt werden. Das wurde jedoch mit einer Öffnung zur 42-Stunden-Woche bitter erkaufte. Die Jahressonderzahlung

(Weihnachtsgeld) wird erhöht und kann wahlweise für freie Tage eingetauscht werden – mit Ausnahme in der Pflege, die dies am dringendsten benötigen! Kritisch ist weiterhin die lange Laufzeit von 27 Mo-

Die LINKE LISTE fordert,

ÖPNV: attraktiv und sozial?

Zum 1. Januar 2026 möchte die VAG die Fahrpreise wieder um 2,96 Prozent erhöhen. Damit läge der Einzelfahrschein bei knapp 4 Euro für eine einfache Fahrt.

Durch das Deutschlandticket bekommt die regionale Preiserhöhungen kaum noch jemand mit. Viele, die täglich mit den Öffis fahren, sind damit erstmal versorgt - doch auch das wird immer teurer. Die Menschen, die nur gelegentlich fahren oder für die sich das D-Ticket aus anderen Gründen nicht lohnt, trifft die Erhöhung in Nürnberg richtig.

Bei den gesalzenen Preisen der VAG kann man eigentlich erwarten, dass die

naten. Viele Kolleg*innen sind mit dem Ergebnis nicht zufrieden und stimmen bei der Mitgliederabstimmung zum Verhandlungsergebnis mit „Nein“.

Die LINKE LISTE fordert,

dass nicht weiterhin beim Personal gespart wird und vor allem die Pflege wertgeschätzt werden muss! Starke Gewerkschaften sind die Voraussetzung für eine gerechtere Verteilung!

Attraktivität erhöht wird. Doch das Gegenteil ist der Fall. Der Stadtrat hat – mit Gegenstimme der LINKEN LISTE – Kürzungen und Stilllegungen beschlossen. Dadurch sollen 800.000 Euro durch die VAG selbst eingespart werden.

Betroffen sind die Linie 31 – sie wird komplett eingestellt; Veränderungen der Taktzeiten bei den Linien 34, 55, 57 und 62 – dies führt zu längeren Wartezeiten. So lassen sich keine neue VAG-Kund*innen gewinnen! Dabei wäre es so wichtig, den Autoverkehr zu reduzieren. 2019 haben nur 23 Prozent die „Öffis“ benutzt haben und 2024 waren es mit 25 Prozent nicht viel mehr.

Eine VAG-Umfrage hat jedoch ergeben, dass das Thema „Verkehr“ als die wichtigste kommunalpolitische Aufgabe gilt. 92 Prozent der Befragten wünschen sich bei der Verkehrsplanung eine Bevorzugung des ÖPNVs gegenüber dem PKW. Dieses Ergebnis kam wohl noch nicht bei der CSU an, die immer mehr Parkplätze in der Stadt trotz nicht vorhandenen freien Flächen fordert. Die vorhandenen Flächen müssen auf alle Verkehrsteilnehmer*innen, also auch für Radverkehr und Fußgänger*innen, aufgeteilt werden.

Statt mehr Beton benötigen wir mehr Grün, Bäume und Sitzbänke, vor allem im Hitze-Sommer!

Schulen sind Orte der Bildung und nicht der Rekrutierung!

500 Milliarden für Hochrüstung hat die alte Bundesregierung durchgewunken.

Es ist höchste Zeit für Friedensverhandlungen in der Ukraine, im Nahen Osten und weltweit. Aufrüstung und Eskalation schaffen keinen Frieden!

Politik und Medien rütteln an alten Feindbildern und treiben eine Militarisierung voran - flankiert von großangelegten Werbekampagnen der Bundeswehr, auch an Schulen. Die von der Ampel verkündete „Kriegstüchtigkeit“

Deutschlands ist gesellschaftlich umstritten, wird aber leider bisher kaum öffentlich diskutiert.

Der direkte Eingriff in den Schulunterricht durch Offiziere widerspricht der gebotenen schulischen Neutralität. Kontroverse Meinungen in der Politik sollen differenziert dargestellt (Kontroversitätsgebot) und die Schüler*innen befähigt werden, eigene Standpunkte in der Schule zu vertreten.

Schulen dürfen weder Rekrutierungsstätten der Bundeswehr, noch Orte

der militärischen Propaganda sein, sondern Orte der Bildung.

Die LINKE LISTE fordert deshalb in einem Stadtratsantrag, dass die Schulen in Nürnberg ihre Tore nicht für Werbung für die Bundeswehr öffnen.

Die LINKE LISTE beteiligt sich an einer Popularklage von GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und DFG-VK mit über 100 weiteren Mitkläger*innen gegen das bayerische Bundeswehrgesetz.

